

Kolumne : Griff nach den Sternen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **99 (2005)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **30.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Lotta Suter

Griff nach den Sternen

Als der neue Minister für Innere Sicherheit *Michael Chertoff* diesen Frühling von Präsident Bush vereidigt wurde, versprach er, Amerika und den American Way of Life zu verteidigen: erstens die Freiheit, zweitens die Privatsphäre der Bürgerinnen und Bürger und drittens ihre Chancen zu Aufstieg und Wohlstand. Statt «*liberté, égalité, fraternité*» propagierte er wörtlich «*liberty, privacy, opportunity*». Niemand reagierte auf das rhetorische Kunststücklein, mit dem der oberste Heimatschützer die aufklärerischen Ideale, die die modernen Demokratien – auch die US-amerikanische – seit über zweihundert Jahren geformt und beflügelt haben, auf den Kopf stellte. Wieso auch. Seit Kolumbus ist kaum jemand wegen der vorbildlichen Gleichstellungspolitik nach Amerika ausgewandert – wohl aber wegen der Gelegenheit zum individuellen Erfolg.

In der Neuen Welt hat sich das genügsame «*Ora et labora*» der Benediktiner zum dreisteren und offenbar wirtschaftlich effizienteren «*Arbeite und träume*» gewandelt – heute heisst es sogar: *Arbeite hart und träume gross!* «*Dream high!*»

«Du bist etwas Besonderes», stand auf dem ersten Leseblatt meines Sohnes an der Volksschule in New Hampshire, und bald schrieben die Sechsjährigen selber

kleine Aufsätzchen zum Thema «Die Zukunft gehört mir». Die Kinder werden dazu ermutigt, ja gedrängt, ihren kühnsten Träumen zu folgen und nach den Sternen zu greifen. Das ist an sich eine gute Sache. Aber selbstverständlich wünschen sich alle Schülerinnen und Schüler nach Hollywood oder an die Wallstreet und nicht in eine Walmart- oder MacDonalds-Filiale. Alle wollen sie Astronauten und Tänzerinnen werden, allenfalls Anwältinnen und Doktoren, notfalls Lehrkräfte; bestimmt nicht Abwarte oder Zahnarztgehilfinnen, Strassenarbeiter oder Putzfrauen, obwohl es davon viel mehr braucht als Piloten im Raumschiff Enterprise.

Wie sagen wir's den Kindern, dass es im Schatten der Träume einen grossen und wachsenden Sektor mit unattraktiver *Niedriglohnarbeit* gibt? Traumjobs allenfalls für verzweifelte Sans-papiers. Einzig die Arbeitnehmenden mit einer vierjährigen Colleagueausbildung – das ist ein Viertel der über 25-Jährigen – verdienen in den USA heute mehr als ihre Vorgänger in den Siebzigerjahren. Und im Gegensatz zu damals haben die Spitzenverdiener heute *längere Arbeitszeiten* als die Niedriglohneempfänger. Der *grossen Mehrheit* geht es *schlechter*; wer bloss die zwölfjährige Grundschulung durchlaufen hat, verdient 15 bis 20 Prozent weniger als eine vergleichbare Familie 1973. Leute ohne diesen High-School-Abschluss büsst in dieser Zeit sogar 25 Prozent Reallohn ein.

Noch mehr verdrängt und verdunkelt werden die albtraumhaften Seiten des Lebens. Nichts da mit *Fraternité*. Krankheiten und Krisen physischer und psychischer Art spiegeln und verstärken unbarmherzig die bestehende soziale Ungleichheit. Die Reichen in den USA leben nicht nur bedeutend länger und bei besserer Gesundheit als die Armen; in den letzten zwanzig Jahren hat sich der *klassenbedingte* Unterschied in der *Lebenserwartung* ständig vergrössert.

Oder: Drei- und vierjährige Kinder

werden wegen «unangepasstem Verhalten» aus Vorschulen verwiesen, Buben viermal häufiger als Mädchen, Schwarze doppelt so häufig wie Weisse. In der gleichen Woche erscheint ein Bericht über die miserablen, ja kriminellen Zustände in «*Erwachsenenheimen*», die die psychiatrischen Kliniken der Sechzigerjahre abgelöst haben. Allein im Staat New York gibt es 15 000 psychisch Kranke, die in solchen Aufbewahrungsstätten ohne Fachpersonal untergebracht sind. Es ist die billigste Notlösung für Leute, die so gar nicht in den Traum von der Leistungsgesellschaft passen.

In den letzten fünfundzwanzig Jahren habe sich Amerika allmählich vom Liberalismus – und dem Gedanken der Egalität – wegbewegt, schrieb der in Stanford lehrende Philosoph *Richard Rorty* anfangs Mai in der NZZ; quasi sozialdemokratische Positionen seien von einer hartherzigeren und selbstsüchtigeren Haltung verdrängt worden. Die Volkszählungen von 1980, 1990 und 2000 bestätigen: Die Habenden schotten sich von den Habenichtsen zunehmend ab. Sie wohnen woanders, arbeiten woanders, vergnügen sich woanders. Als Hauptgrund für den zunehmenden Konservatismus nennt Rorty die *Verunsicherung der Mittelschicht*, ihre Angst, dass es nicht mehr genug zu verteilen gibt.

Abgenommen hat jedoch nicht das Bruttosozialprodukt, sondern die Wahrscheinlichkeit, ein anständiges Stück davon zu erwischen oder zu behalten. Drei Viertel der Amerikaner und Amerikanerinnen glauben zwar noch heute, dass ihre Chancen zur Verbesserung oder zumindest Erhaltung ihres Status besser seien als vor dreissig Jahren. Soziologen widersprechen dieser optimistischen Einschätzung: Seit den Siebzigerjahren hat die *soziale Mobilität* in den USA mit jedem Jahrzehnt *abgenommen*. Sie ist heute – und das schockiert meine Nachbarn und Freunde – in der Neuen Welt nicht besser als im Alten Europa, etwa in Frankreich oder Grossbritannien; die

Aufstiegchancen in Amerika sind sogar deutlich schlechter als in Kanada oder in den skandinavischen Ländern. Oder wie *David Levine*, ein Ökonomieprofessor in Berkeley präzisiert: «In die Elite der USA geboren zu werden, verschafft eine Konstellation von Privilegien, welche nur wenige Menschen auf der Welt je genossen haben. In den USA arm auf die Welt zu kommen, bringt Benachteiligungen mit sich, wie man sie in Westeuropa, Japan und Kanada gar nicht kennt.»

Nirgends in Westeuropa ist der ökonomische Hintergrund so ausschlaggebend für die *Schulkarriere eines Kindes* wie in den USA. An den 250 Topuniversitäten des Landes hat der Anteil der Studierenden aus der Oberklasse zugenommen. Dies berührt zwar nicht die real existierende Armut von Millionen, wohl aber den Amerikanischen Traum vom Aufstieg, der den Reichen ein ruhiges Gewissen und den Armen Hoffnung gibt. Mit der Vergabe von Stipendien und der Propagierung von Vielfalt (*diversity*) unter Lehrenden und Studierenden versuchen die Prestigeinstitutionen eine eilige Rekonstruktion der kollektiven meritokratischen Fantasie.

Es ist nur eine halbe Sache: Die *grosszügigen Stipendien* sind zwar hilfreich, wenn jemand die Aufnahme an eine der kostspieligen Universitäten geschafft hat, wie ich am Beispiel der eigenen Kinder hautnah erfahre. Doch um soweit zu kommen, braucht es nicht bloss harte Arbeit und grosse Träume der Studierenden, sondern auch Eltern, die über Geld oder Bildung verfügen, am besten über beides. Und das Ideal eines ausgewogenen, das heisst bevölkerungsproportionalen Verhältnisses von weiblichen und männlichen, von weissen, schwarzen und farbigen Studierenden auf dem Campus suggeriert bloss eine klassenlose Gesellschaft. Die kulturelle Vielfalt, die Unterschiede feiert, ist ein zu billiger Trost angesichts der ökonomischen Ungleichheit, die bekämpft werden müsste. Opportunity bestenfalls, nicht *égalité*. ●